67. Jahrgang Nr. 442

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 20. September 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Anhalt **50 Pf. wöchentl., M. 2,20 monatlich** oder **M. 6,60 vierteljährl.** Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 2,25 u. viertelj. M. 6,75. **Insertionspreis** die Zeile M. 1,— mit 70% Zuschlag für Stellenangebote und Gesuche M. 1,— mit 60% Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten 90 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 90 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 286, Frankf. Allee 346, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 127, Schönh. Allee 144, Schiffbauerd. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Bodenstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 46, Kathenow. Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 49; Charlottenb. Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 28, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 97, Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hennigsplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Christ. 1-2; Neukölln: Berlinerstr. 41, Hermannstr. 23-24; Pankow: Fornheimer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 14; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Köpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Rathenowstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 52; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Gefährdung der Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Keine Einladung an Deutsche und Oesterreicher. — Zulassung nur als Privatpersonen.

Amsterdam, 19. September.

Der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes Finnen erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Blattes „Het Volk" bezüglich der Arbeiterkonferenz, die am 29. Oktober in Washington stattfinden soll, auf Grund mündlicher und schriftlicher Mitteilungen, die dem internationalen Gewerkschaftsbunde zugegangen seien, habe man anfangs erwartet, daß die Deutschen und Oesterreicher eine Einladung zu der Washingtoner Konferenz erhalten würden. Finnen sagte, er müsse jedoch jetzt zu seinem Leidwesen feststellen, **daß der Oberste Rat nicht geneigt zu sein scheint, den Deutschen und Oesterreichern Einladungen zu senden.** Anscheinend bestehe die Absicht, den Delegierten der Zentralmächte die Erlaubnis zu erteilen, **als Privatpersonen nach Washington zu kommen** und es der Washingtoner Konferenz zu überlassen, ob sie diese Delegierten zulassen wolle oder nicht. Wie Finnen mitteilte, stellen sich die englischen Gewerkschaften ebenso wie diejenigen Norwegens, Schwedens und Dänemarks auf den Boden der Entschließung des Amsterdamer Gewerkschaftskongresses, in der die Vertretung der Deutschen und Oesterreicher auf dem Washingtoner Kongreß gefordert wird. Auch die holländischen Gewerkschaften würden sich, obwohl noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden seien, lediglich an diese Entschließung halten. Die Entschließung des Amsterdamer Kongresses sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. Daher könne nichts anderes erwartet werden, als daß auch die übrigen Gewerkschaften sich an sie halten werden.

Longuet gegen den Friedensvertrag.

Stürmische Sitzung der französischen Kammer.

Genf, 19. September.

In der französischen Kammer hat bei Beratung des Friedensvertrages eine Rede Longuets zu den heftigsten Lärmszenen geführt. Der Führer der Mehrheitssozialisten ist der erste Redner, der den Vertrag verwirft, weil er Ungerechtigkeiten gegen den besiegten Gegner enthält. Die Wut der Kammer, die auch von sozialistischer Seite an solche Worte nicht gewöhnt ist, läßt sich also begreifen. Leider werden in den Berichten der Pariser und Lyoner Blätter solche unbequemen Reden so gekürzt und verstümmelt, daß man sich von dem Gedankengang des Redners nur ein sehr unklares Bild machen kann. Longuet erklärte, daß er nicht für den Vertrag stimmen könne, weil dieser Vertrag nicht die vollständige Entwaffnung der Welt gebracht habe. Er bedauert, daß man sich nicht genau an die 14 Punkte Wilsons gehalten, sondern viele neue „Elsaß-Lothringen" geschaffen habe. Die Kriegskosten hätten nicht nur den Besiegten, sondern allen Staaten, die am Krieg teilgenommen haben, auferlegt werden müssen. Barthou unterbricht den Redner erregt, und es gibt einen gewaltigen Tumult. Die Rechte ruft: „Er ist der Advokat Deutschlands!", aber Longuet läßt sich nicht niederschreien. Er nennt den Vertrag einen „Gewaltfrieden", fordert für das Elsaß Abstimmung und erklärt, das Vorgehen der Alliierten im Saargebiet sei eine offenbare Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Eine Vergewaltigung sei auch das Verbot an Oesterreich, sich Deutschland anzuschließen. Ueberhaupt sei der ganze Friede, den man Oesterreich dictiert habe, ein wahres Nest von Ungerechtigkeiten. Als Longuet sagt, nach dem Recht der Selbstbestimmung müßten auch die französischen Kolonien Tonking und Annam Autonomie erhalten, stimmt ihm der Abgeordnete Marius Moutet, der ein Vertreter der französischen Kolonien ist, lebhaft zu. Bei der Besprechung der russischen Vorgänge fragt Longuet den Ministerpräsidenten, ob die Behauptung Bullitts wahr sei, daß er im Auftrage Englands und Amerikas mit Lenin verhandelt habe. Clemenceau antwortet, daß weder Wilson noch Lloyd George ihm je ein Wort darüber gesagt hätten.

Keine Auslieferung des deutschen Kaisers.

Haag, 19. September. (T. U.)

Entgegen den heutigen Morgenmeldungen besagen Nachrichten aus Paris, daß die Alliierten voraussichtlich doch auf die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers verzichten werden, und zwar in der Voraussetzung, daß Holland wahrscheinlich Einwände gegen die Auslieferungsforderung erheben wird.

D'Annunzio und seine Deserteure.

Bern, 19. September.

Die Unterhandlungen des Generals Badoglio, die dieser durch Vermittlung von Bürgern Fiumes mit d'Annunzio eingeleitet hatte, sind bisher an dem Widerstand des Dichters gescheitert. Fiume ist für einen Monat mit Lebensmitteln versorgt. Waffen und Munition gibt es für drei Monate. Badoglio will persönlich nach Fiume reisen, um mit d'Annunzio zu verhandeln. Er hat inzwischen an die Offiziere und Mannschaften d'Annunzios einen Aufruf gerichtet, in dem er mitteilt, daß die von der Regierung gestellte Frist zur Rückkehr zu ihren militärischen Einheiten verfallen sei und daß die Truppen künftig als Deserteure behandelt werden würden. Es haben aber noch keine 100 Mann d'Annunzio verlassen. Die Presse, die im allgemeinen d'Annunzio nicht feindlich gesinnt ist, wünscht den baldigen Abschluß des Zwischenfalls, da er, wie „Corriere della Sera" bemerkt, eine unhaltbare innen- und außenpolitische Lage geschaffen habe.

Die Münchener Todesurteile vollstreckt.

Der bayerische Ministerrat lehnte die Begnadigung ab. — Ein zweiter Geiselmordprozeß in Sicht.

München, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Entscheidung des Ministerrates über die Vollstreckung der Todesstrafen an den sechs im Geiselmordprozeß dazu Verurteilten ist heute nachmittag gefallen. Der Ministerrat hat beschlossen, von seinem Begnadigungsrecht nicht Gebrauch zu machen. Ueber die Einzelheiten der Stimmabgabe im Ministerrat wird, um Weiterungen zu vermeiden, strengstes Stillschweigen gewahrt. Das Todesurteil wurde bereits heute nachmittag durch ein Militärdetachement vollstreckt. Die sechs zum Tode Verurteilten, Fritz Seidl, Schickhofer, Wiedl, Pürzer, Fehmer, Josef Seidl wurden erschossen. Es war ihnen vorher die Möglichkeit gegeben worden, sich mit ihren Angehörigen zu besprechen und ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Am Donnerstag nachmittag trat im Ministerium des Innern der bayerische Ministerrat zu einer entscheidenden Sitzung über die vom Volksgericht verhängten sechs Todesurteile zusammen. Die Beratungen zogen sich bis gegen 3 Uhr nachts hin. Da das Urteil des Volksgerichts innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden mußte, so mußten die Verhandlungen des Ministerrates ein abschließendes Ergebnis zeitigen. Am Freitag nachmittag gegen ½5 Uhr gab das Ministerium folgendes bekannt:

„Das Ministerium hat sich nicht veranlaßt gesehen, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen."

Infolgedessen wurde das Urteil des Volksgerichtes gegen den Angeklagten Seidl und Genossen am Freitag nachmittag in Stadlheim durch Erschießung vollstreckt. Besonders zuverlässige Truppen waren zu der Erschießung kommandiert worden, doch hatten sich aus allen Teilen der Reichswehr des bayerischen Kontingents Truppen zur Vollstreckung des Urteils bereit erklärt.

*

Die Staatsanwaltschaft des Münchener Volksgerichts hat bereits wegen des

zweiten Geiselmordprozesses

das Verfahren eingeleitet. Es sind bereits sechs Angeklagte, die als Zeugen in dem ersten Prozeß vernommen worden sind, in Haft. Ein weiterer Mittäter, ein gewisser Greiner, ist gestern in der Nähe von Rosenheim festgenommen worden. Dazu gesellt sich der russische Student Krylenko. Dagegen ist ein wichtiger Zeuge für diesen Prozeß, der schon im ersten Verfahren vernommene 24 Jahre alte Münchener „Polizeipräsident" aus den Tagen der Räterepublik, Meiergünther, kurz nach seiner Rückführung von der Verhandlung aus der Festungshaft in Eichstedt entflohen. Er war wegen seiner Beteiligung an der Räterepublik Ende Juli dieses Jahres zu drei Jahren Festungshaft verurteilt worden.

*

Im Stadlheimer Gefängnis, das nach dem Sturz der Räteregierung Hauptgefangenenanstalt für Bayern wurde, ist es wiederholt zu Auflehnungen der Häftlinge gekommen. Dort, wie in verschiedenen bayerischen Zuchthäusern, hatten die Gefangenen besondere Konventikel gebildet und sogar eine Art Räteregierung eingesetzt, der erst in den letzten Tagen durch energisches Eingreifen der Regierung ein Ende gemacht worden war. Gegenüber dem Vorwurf einiger Blätter, daß die bayerische Regierung gegenüber den politischen Gefangenen schwächliche Nachsicht walten lasse, wird amtlich gemeldet, daß die Justizverwaltung sofort die energischsten Schritte getan hat, um die Verhältnisse im Stadlheimer Gefängnis zu untersuchen und schnellstens Abhilfe zu schaffen.

München, 19. September.

Nach einer bei der hiesigen Polizeidirektion eingelaufenen Nachricht sind aus dem Gefängnis in Eichstedt heute nacht eine Reihe politischer Gefangener entwichen. Bis auf drei konnten alle wieder festgenommen werden.

München, 19. September.

Die mehrheitssozialistische „Münchener Post" sagt zum Geiselmordprozeß: Die Verurteilten sind nicht die einzig Schuldigen. Sie sind nur die sichtbaren Werkzeuge wilder Triebe. Moralisch mitschuldig an der Ermordung der armen Geiseln sind die unzählig vielen, in welchem politischen Lager sie auch stehen, deren Weltanschauung in dem Glauben wurzelt, daß Macht Recht schafft, und daß dieses Recht über Leben und Tod nach Willkür entscheidet. Es konnte nicht anders sein. Das von Levien und Levinè begonnene Werk mußte in Schreckensherrschaft und Mord tragisch untergehen.

Lloyd Georges Rettungsversuche.

Zusammenschluß aller gemäßigt demokratischen Elemente?

Amsterdam, 19. September. (T. K.)

Nach einer Information der „Central News" gewinnt die Vermutung, daß Lloyd George durch Zusammenschluß der gemäßigten demokratischen Elemente aller Parteien eine neue sogenannte Zentrumspartei gründen will, ständig an Boden. Der Ministerpräsident soll bereits durch einen Vertrauensmann mit den Gewerkschaftsführern verhandeln. Des weiteren verhandelt Lloyd George mit Lord Robert Cecil, dem Führer der linksstehenden Gruppe in der unionistischen Partei.

Die Wahlparole der belgischen Sozialisten.

Amsterdam, 19. September.

„Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß die belgische sozialistische Partei unter der Losung „Kampf um die Regierungsgewalt" in die Wahlen gehen wird. Jeder Gedanke an eine Koalitionsregierung wird zurückgewiesen. Die Hauptpunkte des sozialistischen Programms werden sein: Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und eine radikale Lösung der Sprachenfrage durch Erfüllung der gesetzlichen Forderungen der Flamen.

Von den patentierten Schützern der Eingeborenen.

Rotterdam, 19. September.

Aus einer vom „Nieuwe Rotterdamsche Courant" gemeldeten Anfrage, an den Kolonialminister gerichtet, geht hervor, daß ein belgischer Beamter im Kongo von einer Rundreise im Innern des Landes, zwecks Eintreibung von Steuern, ungefähr hundert Steuerpflichtige, die er „sein Jagdwild" nannte, als Gefangene mitbrachte. Das Gefängnis, in das er die Eingeborenen sperrte, war so klein, daß bis zum nächsten Morgen **vierzig der Gefangenen den Erstickungstod fanden.** Dem Beamten ist nichts geschehen.

Eine amerikanische Expedition nach Armenien. Aus Washington wird gemeldet: Hitchcock reichte eine vom Senator Williams abgefaßte Resolution ein, die den Präsidenten ermächtigt, nochmals ein Expeditionskorps nach Armenien zu entsenden, um die Armenier gegen die Türken und Kurden zu unterstützen. Die Entschließung wurde von den Republikanern heftig bekämpft und schließlich einer Spezialunterkommission überwiesen. Das Expeditionskorps soll 150 000 Mann betragen. Die Republikaner machten geltend, daß die Entschließung nicht mit den Ideen des Präsidenten Wilson in Einklang gebracht werden könnte, da nach dem Völkerbund kein amerikanischer Soldat jenseits des Ozeans verwendet werden dürfte.

Milchlieferungsvertrag mit Dänemark.

Kopenhagen, 19. September.

In der letzten Zeit wurde verschiedentlich über die Aufnahme des Exports von dänischer Milch nach Deutschland verhandelt, aber die Valutafrage stand hindernd im Wege. Nun ist eine zufriedenstellende Lösung getroffen und der Transport von pasteurisierter und sterilisierter Milch kann beginnen. Die Milchexportabteilung der dänischen Meiereivereinigung hat mit Deutschland einen Vertrag über die tägliche Lieferung von Milch abgeschlossen.

Ankunft deutscher Gefangener aus Australien.

Rotterdam, 19. September.

Gestern ist der Dampfer „Albani" mit 156 deutschen Männern, 39 Frauen und 161 Kindern aus Australien angekommen. Am 25. wird ein Transport deutscher Kriegsgefangener von ungefähr 3500 Personen aus Amerika erwartet.

Die baltische Entente cordiale.

Einigung auf der Randstaatenkonferenz.

Riga, 17. September.

Bei der hiesigen Randstaatenkonferenz, zu der auch der litauische Ministerpräsident und der Handelsminister verspätet eintrafen, wurde nach offizieller Mitteilung eine Einigung dahin erzielt, kein besonderes gemeinsames Organ für die Staaten der baltischen Entente cordiale zu schaffen. Zollgrenzen sollen voraussichtlich nicht errichtet werden. In Lettland und Estland soll Frankenwährung eingeführt werden.

Anarchie!

Wie Stettiner Magistratsbeamte „verhandeln".

Stettin, 18. September. (W. T. B.)

Die heutige Stadtverordnetenversammlung wurde von demonstrierenden Magistratsbeamten gesprengt. Sie hatten die Tribünen des Sitzungssaales besetzt und forderten von dort aus mündliche Verhandlungen mit dem Ober-